



Ausschuss für Schule und Weiterbildung

2. Sitzung (nichtöffentlich)

20. September 2000

Düsseldorf - Haus des Landtags

10.30 Uhr bis 12.45 Uhr

Vorsitz: Hans Frey (SPD) (stellv.)

Stenografin: Gertrud Schröder-Djug

Verhandlungspunkte und Ergebnisse:

Seite

1 Einführung in die Schul- und Bildungspolitik der Landesregierung für die 13. Wahlperiode

1

An die Berichte der Ministerin für Schule, Wissenschaft und Forschung, Gabriele Behler, und des Ministers für Arbeit und Soziales, Qualifikation und Technologie, Harald Schartau, schließt sich eine Aussprache an.

- 2 Entwurf eines Gesetzes über die Feststellung eines Nachtrags zum Haushaltsplan des Landes Nordrhein-Westfalen für das Haushaltsjahr 2000 (Nachtragshaushaltsgesetz 2000) und Entwurf eines Gesetzes zur Änderung des Gesetzes zur Regelung der Zuweisungen des Landes Nordrhein-Westfalen an die Gemeinden und Gemeindeverbände im Haushaltsjahr 2000 und zur Regelung des interkommunalen Ausgleichs der finanziellen Beteiligung der Gemeinden am Solidarbeitrag zur Deutschen Einheit im Haushaltsjahr 2000 und zur Änderung anderer Vorschriften**

Gesetzentwurf der Landesregierung

Drucksache 13/150

hier: Änderungen im Bereich Schule und Weiterbildung

28

Die Diskussion wird vertagt.

- 3 Schüler- und Lehrersituation zu Beginn des Schuljahres 2000/2001**

28

Der Ausschuss nimmt den Bericht des Ministeriums - vgl. Vorlage 13/101 - zur Kenntnis. Die Diskussion wird verschoben.

- 4 Bündnis
Für Toleranz und Zivilcourage - Gegen Gewalt und Fremdenfeindlichkeit**

Drucksache 13/109

28

Die Diskussion wird vertagt.

- 5 Verschiedenes**

29

- siehe Diskussionsteil.

- 2 Entwurf eines Gesetzes über die Feststellung eines Nachtrags zum Haushaltsplan des Landes Nordrhein-Westfalen für das Haushaltsjahr 2000 (Nachtragshaushaltsgesetz 2000) und Entwurf eines Gesetzes zur Änderung des Gesetzes zur Regelung der Zuweisungen des Landes Nordrhein-Westfalen an die Gemeinden und Gemeindeverbände im Haushaltsjahr 2000 und zur Regelung des interkommunalen Ausgleichs der finanziellen Beteiligung der Gemeinden am Solidarbeitrag zur Deutschen Einheit im Haushaltsjahr 2000 und zur Änderung anderer Vorschriften**

Gesetzentwurf der Landesregierung

Drucksache 13/150

hier: Änderungen im Bereich Schule und Weiterbildung

Stellvertretender Vorsitzender Hans Frey merkt an, dass dem Haushalts- und Finanzausschuss bis zum 27. Oktober das Ergebnis der Beratungen mitgeteilt werden müsse. Wenn die Fraktionen Änderungsanträge einbringen wollten, müsse dies vor dem 25. Oktober geschehen, damit im Ausschuss darüber am 25. abgestimmt werden könne.

Der Ausschuss für Schule und Weiterbildung ist einverstanden.

- 3 Schüler- und Lehrersituation zu Beginn des Schuljahres 2000/2001**

Der Ausschuss erhält die Informationen des Ministeriums - vgl. Vorlage 13/101. Die Diskussion wird auf die nächste Sitzung verschoben.

- 4 Bündnis
Für Toleranz und Zivilcourage - Gegen Gewalt und Fremdenfeindlichkeit**

Drucksache 13/109

Sylvia Löhrmann (GRÜNE) bittet darum, dem Ausschuss den Bericht schriftlich zuzuleiten und darüber in der nächsten Sitzung zu diskutieren.

Der Ausschuss für Schule und Weiterbildung ist einverstanden.